Namslauer Stadtblatt

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1.35 Goldmark. Postbezugspreis nur für den Kalendermonat. Träger- und Auskunftsgebühr 30 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher übermittelter Anzeigen wird keine Gewähr geleistet.

60. Jahrgang.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Auswärtige 25 Goldpfennig, im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 75 Goldpfennig. Schluß der Anzeigenannahme bis 8 Uhr vormittags am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor bis 10 Uhr vormittags. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.

Fernsprecher 94.

Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hans Tietze, Wilkau.

Nr. 247. | Donnerstag, den 20. Oktober. | **1932.**

Wachsende Einsicht!

London, 18. Oktober.

Die englischen Bemühungen um das Zustandekommen einer mehr offiziösen Vorkonferenz über die strittigen Abrüstungsfragen haben zum Beginn der neuen Woche zu der Erkenntnis geführt, daß es zweckmäßig sein wird, diese Vorkonferenz noch eine Weile hinauszuzögern, weil man einsieht, daß im Augenblick der Gegensatz zwischen der deutschen und der französischen Auffassung über den Sinn und insbesondere über den Ort dieser Beratungen noch nicht auszugleichen ist. Man rechnet nun damit, daß es möglich sein wird, die Vorkonferenz im Laufe des November zu veranstalten.

In England wächst das Verständnis für die deutsche Ablehnung von Genf als Ort dieser Tagung; man versteht und billigt die Befürchtung der Reichsregierung, daß sie an diesem Ort allzu leicht wieder in das Getriebe der offiziellen Abrüstungskonferenz hineingezogen werden könnte, von dem sie sich unter allen Umständen distanzieren will, solange die Vorfrage der deutschen Gleichberechtigung nicht einwandfrei im Sinne der deutschen Forderung entschieden ist. Auch die Berechtigung dieser deutschen Forderung wird von England, der treibenden Kraft der geplanten Vorkonferenz, nicht mehr bestritten, und auch in London sieht man mit wachsendem Befremden die französischen Manöver, die darauf abzielen, die Konferenz zu vieren zu durchkreuzen, ihren Arbeitsplan mit den ausschweifendsten Projekten zu belasten und die Einbeziehung der militärischen Trabanten Frankreichs zu ertrotzen.

Alle diese Hindernisse haben dazu geführt, daß man erst einmal einen Spielraum gewinnen will, um sie nach Möglichkeit aus dem Wege zu räumen, eine ebenso unerfreuliche wie schwere Arbeit, deren Ergebnis man jedoch in London mit betonter Zuversicht entgegensieht. Auch in Berlin hat man den Wunsch, daß diesen englischen Bemühungen Erfolg beschieden sein möge, denn die Reichsregierung steht unter selbstverständlicher Wahrung ihrer Voraussetzungen den Plänen MacDonalds durchaus sympathisch gegenüber.

Papens Ziel

Ein Interview des Reichskanzlers.

Paderborn, 18. Oktober.

Reichskanzler von Papen gewährte dem Vertreter der „Düsseldorfer Nachrichten" gelegentlich seines Aufenthalts in Paderborn eine Unterredung, die sich auf den Zweck seiner Reise nach Paderborn und Dortmund und die große Linie der unter seiner Führung stehenden Reichspolitik bezog. Der Reichskanzler führte u. a. folgendes aus:

Es war mir ein besonderes Bedürfnis, sobald als möglich auch dem Westen einen Besuch abzustatten. Die großen wirtschaftlichen und finanziellen Nöte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes sind mir nur zu gut bekannt und ich erwarte, daß man gerade hier am schnellsten und wirksamsten aus dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung Nutzen ziehen wird.

Was mir in erster Linie notwendig erscheint, ist politische und wirtschaftliche Ruhe. Wir werden nicht zulassen, daß durch Parteikämpfe und Parteigezänk die Krisenschwierigkeiten in Deutschland unnötig vermehrt werden.

Wenn wir eine „autoritäre" Staatsführung fordern, so hat das nichts mit Autarkie zu tun. Wir sind weder gegen eine vernünftige Demokratie noch gegen das Parlament, aber wir wollen den Begriffen wieder ihren ursprünglichen vernünftigen Sinn geben, d. h. nicht die Schreier und Projektemacher sollen in Deutschland regieren, sondern die Besonnenen, ihrer Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit sich bewußten Staatsbürger.

Wer die Notwendigkeit einer Reform unseres politischen Lebens anerkennt, kann nicht auf den Gedanken kommen, daß die Reichsregierung arbeiterfeindlich oder selbstherrlich regieren wolle. Als Kanzler kenne er nur die eine Parole: Deutschland!

Nochmalige Einladung nach Genf

Berlin, 18. Oktober.

Der englische Geschäftsträger in Berlin suchte erneut den Reichsaußenminister auf und überbrachte nochmals eine Einladung zu der Vier-Mächte-Konferenz nach Genf. Wie mitgeteilt wird, hat Reichsaußenminister Freiherr von Neurath die frühere Antwort wiederholt und Genf als Konferenzort abgelehnt.

Versailles ist schuld!

Friedensverträge und amerikanischer Wahlkampf.

Neuyork, 18. Oktober.

Präsident Hoover hat als Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei in einer Wahlrede, die sich mit der Agitation der Demokraten auseinandersetzte, in einer sehr knappen und eindringlichen Formulierung die Schuld an der wirtschaftlichen und politischen Unruhe in der Welt zurückgeführt auf die harten Verträge, mit denen der Weltkrieg abgeschlossen worden sei. Die Auswirkungen dieser Verträge seien es, die Europa in einen Zustand dauernder Unruhe halten und die Vertrauenskrise in der ganzen Welt ausgelöst hätten.

Dieser Gesichtspunkt ist von dem Präsidentschaftskandidaten Hoover in erster Linie für den innerameritanischen Wahlkampf zurechtgelegt und ausgebeutet worden; die allgemeine Erkenntnis aber, die er enthält, kann gerade den amerikanischen Wirtschaftlern, Finanzleuten und Politikern nicht nachdrücklich genug zu Gemüte geführt werden. Sie müssen erkennen lernen, daß es nicht nur böser Wille Europas ist sondern daß die Verwirrung und die aus ihr erwachsene Not nur überwunden werden können durch vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Länder diesseits und jenseits des Ozeans und dadurch, daß entschlossen und objektiv geholfen wird.

Englands Abrüstungspolitik

London, 18. Oktober

Der englische Ministerpräsident MacDonald führte in einer Rede, die er selbst als neue Regierungserklärung zur Abrüstungsfrage bezeichnete, aus, England könne sich Europa und die Welt ohne den Völkerbund nicht vorstellen. Der Angelpunkt der englischen Politik sei die Abrüstung, nicht die Wiederaufrüstung. Deutschland wisse genau, daß England sich seinem Anspruch auf die Gleichberechtigung nicht widersetze. England wolle gleichzeitig die Gelegenheit benutzen, zwischen Deutschland und seinen Nachbarn Beziehungen stärkeren Vertrauens herzustellen.

Der einzige Wunsch, den die englische Regierung habe, sei, daß Deutschland mitkomme, damit am Ende der Besprechungen alle gemeinsam zur Abrüstungskonferenz gehen könnten, um zu sagen: Ihr seid steckengeblieben, da euch gewisse Dinge verhindert haben, vorwärts zu kommen. Wir haben die Hindernisse gemeinsam beseitigt, nun fällt eure Entscheidung!

Zum Schluß bedauerte MacDonald noch die Ablehnung Genfs durch Deutschland, wobei er äußerte, den Grund der deutschen Ablehnung nur schwer verstehen zu können.

Grüne Front gegen Kontingentierungsverhandlungen

Berlin, 18. Oktober.

Die Grüne Front hat in einem Telegramm an den Reichskanzler die sofortige Einstellung der Kontingentierungsverhandlungen gefordert. Zur Begründung führen die Unterzeichner Dr. Brandes, Graf Kalkreuth, Hermes und Dr. Fehr u. a. aus, eine weitere Verzögerung der Durchführung der Kontingentierung müßte das Vertrauen der Landwirtschaft in die Entschlossenheit der Regierung zerstören.

Preußen contra Reich

Sechster Verhandlungstag.

Leipzig, 18. Oktober.

Nach zweitägiger Unterbrechung wurde der bedeutsame Verfassungsstreit zwischen den Ländern Preußen, Bayern, Baden einerseits, und dem Deutschen Reiche, vertreten durch die Reichsregierung, andererseits, vor dem Staatsgerichtshof fortgesetzt.

Gleich nach Verhandlungsbeginn erhielt Ministerialdirektor Dr Brecht für Preußen das Wort zu seinem Schlußbericht, in dem er u. a. ausführte: Das Ergebnis der Verhandlungen läßt sich in dem einen Satze zusammenfassen, daß Artikel 48, Abs 1 (Pflichtverletzung Preußens) nicht, daß dagegen Absatz 2 (Störung der öffentlichen Ordnung) anwendbar war, aber nicht so, wie es geschehen ist.

Der Schwerpunkt unseres Kampfes richtet sich gegen die Anwendung des Absatzes 1.

Sieben Vorwürfe hat die Reichsregierung gegen Preußen erhoben. In allen Fällen stellen sich die Tatsachen anders dar, als sie die Reichsregierung angenommen hat. Daher scheiden sämtliche sieben Vorwürfe aus. Aber auch wenn die Tatsachen so wären, wie die Reichsregierung sie darstellt, lag keine Pflichtverletzung im Sinne des Absatz 1 vor, und zwar aus drei Gründen: weil es sich um keine rechtliche Pflicht, sondern um politische Ermessensfragen handelte, weil es sich um keine Pflicht gegenüber dem Reiche, sondern, wenn überhaupt, um interne Pflichten handelt und weil nicht, wie Artikel 48 Absatz 1 voraussetzt, „das Land" selbst Pflichtverletzer war, d. h. das höchste Organ im Amt, nicht aber nachgeordnete Beamte oder Minister außerhalb des Amts.

Der Hauptvorwurf des Reichskanzlers

ist das angeblich einseitige Verhalten der preußischen Regierung gegen die NSDAP. Während der Episode der Einigung von Papen-Hitler, vom 1. Juni bis 13. August, hat die Reichsregierung von scharfen polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln gegen Ausschreitungen der NSDAP. absehen wollen. Nachher hat sie diesen Standpunkt verlassen müssen. Dr. Brecht verlas die Verbote der NSDAP.-Versammlungen im Sportpalast in Berlin, ferner aller ihrer Versammlungen in Düsseldorf, aller ihrer Zeitungen im Rheinland. Die preußische Regierung, so fuhr Dr. Brecht fort, hat sich gegenüber der Reichsregierung im Juni und Juli amtlich äußerst loyal verhalten. Sie lehnte jedes Ansinnen ab, in ihren Amtshandlungen die Reichsregierung zu bekämpfen. Das sei Sache der Wahlen.

Die Ehre Preußens muß von dem unerträglichen Vorwurf der Pflichtverletzung gegen das Reich befreit werden. Es war die deutsche Mission Preußens, das Reich zu gründen und zur Klammer von Ost und West zu werden. Preußen darf jetzt nicht mit schweren Vorwürfen belastet im Reich untergehen. Die Reichsreform muß von diesem Geburtsfehler befreit werden. Der Prozeß muß das Gute haben, daß er neuen Auftrieb zur Reichsreform gibt.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner, der hierauf für das Reich das Wort ergriff, erklärte, er habe nicht die Absicht, seinem Vorredner auf das politische Gebiet in dem Maße zu folgen, wie er es betreten habe. Der Vertreter der preußischen Seite habe im Laufe dieser Verhandlungen die Behauptung aufgestellt, die Reichsregierung habe sich bei ihrem Vorgehen vom 20. Juli von völlig verfassungswidrigen Absichten leiten lassen. Er müsse sich namens der Reichsregierung mit allem Nachdruck gegen eine Auffassung wenden, die durch diese Worte des Ministerialdirektors Dr. Brecht enthüllt worden sei. Die Reichsregierung nehme für sich und für den Reichspräsidenten in uneingeschränktem Maße in Anspruch, daß sie sich bei den Maßnahmen vom 20. Juli von dem Willen habe leiten lassen, dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen, Schaden von ihm abzuwenden, und zwar im Rahmen der verfassungsmäßigen Grenzen und mit verfassungsmäßigen Mitteln.

Eine Auffassung, die den Maßnahmen vom 20. Juli rechtswidrige Motive unterstellt, eine Auffassung, die den handelnden Stellen die subjektive Gutgläubigkeit abspricht, müsse auf das schärfste zurückgewiesen werden.

Ministerialdirektor Dr. Brecht habe weiter seine Darlegungen, daß die gegenwärtige Reichsregierung die Gleichstellung der nationalsozialistischen mit der kommunistischen

Partei, die Gleichstellung also einer nationalen mit einer antinationalen Bewegung, als Folge des eigenen Vorgehens der Reichsregierung und als einen Angriff auf die Person des Reichspräsidenten bezeichnet. Er habe für sich die Rolle in Anspruch genommen, sich schützend einem derartigen Angriff entgegenzustellen. Es brauche demgegenüber nur darauf hingewiesen zu werden, daß auch die Aufhebung des Uniformverbots, die Wiederzulassung der SA. und insbesondere die Maßnahmen des 20. Juli von der nach der Reichsverfassung zuständigen Stelle, dem Reichspräsidenten, angeordnet worden seien.

Reichskanzler und Reichsregierung hätten diejenigen Maßnahmen getroffen, die nach ihrem pflichtbewußten Ermessen geboten waren, um gesicherte Zustände in Preußen und Deutschland zu gewährleisten.

Eine überaus gespannte allgemeine politische Lage, blutige Zusammenstöße zwischen stark organisierten Parteien, täglich neue Todesopfer, allein in Altona am 17. Juli 16 Tote. Bei diesen Zuständen immer wieder die lebhaftesten Versuche von sozialdemokratischer Seite, auch von seiten der freien Gewerkschaften, mit den Kommunisten eine Einheitsfront nicht nur gegen die Nationalsozialisten sondern auch gegen die Reichsregierung zu bilden, also mit einer antinationalen, mit einer staatsfeindlichen Partei sich in Feindschaft gegen die Reichsregierung zu verbünden.

Wenn der Reichspräsident zu diesem Zwecke die bisher die Staatsgeschäfte in Preußen führenden Männer vorübergehend durch andere Persönlichkeiten ersetzt und den anderen Persönlichkeiten die Machtmittel gegeben habe, um die Landesstaatsgewalt ihrerseits einstweilen auszuüben, so sei der Weg beschritten worden, den Wille und Wortlaut der Reichsverfassung in Fällen so außergewöhnlicher Art vorzeichne.

Mit Rücksicht auf die immer wiederholten Ausführungen der Gegenseite müsse er erneut betonen, daß die Maßnahmen der Reichsregierung vom 20. Juli sich zunächst nur gegen den für die allgemeinen Richtlinien der Politik in Preußen maßgebenden preußischen Ministerpräsidenten und den für die Staatssicherheit in besonderem Maße verantwortlichen preußischen Innenminister gewandt hätten. Der zum Reichskommissar für Preußen bestellte Reichskanzler sei grundsätzlich bereit gewesen, mit den anderen preußischen Staatsministern zusammenzuarbeiten. Das sei ihm von den sechs anderen Herren Ministern unmöglich gemacht worden.

Ministerialdirektor Gottheiner beschäftigte sich schließlich mit den einzelnen Ausführungen des preußischen Vertreters und polemisierte dagegen, daß noch immer behauptet werde, die Reichsregierung habe mit ihren Maßnahmen vom 20. Juli einen endgültigen Zustand schaffen wollen.

Die Reichsregierung, so betonte er nochmals, steht auf dem Standpunkt, daß die Maßnahmen, die sie getroffen hat, als vorläufig anzusehen sind, daß sie sich bei ihrem Vorgehen allerdings sowohl auf Artikel 48 Absatz 1 wie auf Absatz 2 stützen kann.

Staatsgericht entscheidet nächste Woche

Leipzig, 18. Oktober.

Der Präsident des Reichsgerichts und Vorsitzende des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich, Dr. Bumke, hat nunmehr die Verhandlungen in der Preußenklage geschlossen. Die Urteilsverkündung wird für den 25. Oktober erwartet, doch steht der Termin endgültig noch nicht fest.

Die französischen Senatswahlen

Sieg der Radikalsozialisten.

Paris, 18. Oktober.

Das Innenministerium veröffentlicht eine endgültige Statistik über das Ergebnis der Neuwahl eines Drittels des Senats.

Danach verteilen sich die 111 neugewählten Senatoren politisch wie folgt: Rechtsstehende 4 (Verlust 1), Republikanische Linke 8 (Verlust 2), Republikanische Vereinigung (Poincaré) 25 (Verlust 2), Demokratisch-Radikale Vereinigung 13 (Verlust 2), Radikale 57 (Gewinn 9), Sozialisten 1 (Verlust 1), Parteilose 3.

Rumänische Regierung zurückgetreten

Bukarest, 18. Oktober.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem rumänischen Ministerpräsidenten Vajda und dem neuernannten Außenminister Titulescu haben nunmehr zum Rücktritt des Ministeriums Vajda geführt. Der König hat das Rücktrittsgesuch angenommen. Der russisch-rumänische Nichtangriffsvertrag dürfte nunmehr gescheitert sein.

Richard Skowronnek gestorben

Stettin, 18. Oktober.

Auf seinem pommerschen Gut Höckenberg im Kreise Regenwalde verstarb der besonders durch seine ostpreußischen Romane weit bekannt gewordene Schriftsteller Richard Skowronnek, der im März seinen 70. Geburtstag feierte.

Skowronnek entstammte einem masurischen Förstergeschlecht. Seine Wiege stand in Schuyken bei Goldap in der Romintener Heide. Er verlebte eine stürmische Jugend. Nach Besuch der Universität und Ablauf des militärischen Dienstjahres wurde er Journalist in Frankfurt a. M. Von hier siedelte er nach Berlin über, wo er sich als Mitautor an dem Lustspiel „Husarenfieber" einen Namen machte. Größeren Erfolg hatte er jedoch mit seinen Erzählungen. Hierbei gab ihm seine ostpreußische Heimat vor allem Stoff, Gestalten und Hintergrund. Schon vor dem Kriege hatte er sich einen Leserkreis gesammelt, der ihm treu ergeben war; aus jener Zeit stammen als bekannteste die Romane „Das rote Haus", „Der Bruchhof", „Das Schweigen im Walde" und „Das Bataillon Sperd". Die sich zusammenziehenden politischen Wolken ließen dann das Buch „Sturmzeichen" (1914) entstehen, das in Millionen von Exemplaren im Buchhandel verbreitet war. Aehnlich wirkungsvoll waren die Romane „Das Große Feuer", „Die schwere Not", „Morgenrot" und „Der weiße Adler".

Politische Schießereien

Schüsse auf einen Trupp Nationalsozialisten.

Leipzig, 118. Oktober.

Im Anschluß an eine nationalsozialistische Wahlkundgebung in der Halle 7 der Technischen Messe in Leipzig, bei der General Litzmann und Dr. Goebbels sprachen, kam es in der Kirchstraße zu einer Schießerei. Als ein Zug Nationalsozialisten an dem dort gelegenen Arbeiterheim vorbeikam, fielen plötzlich Schüsse, durch die drei Nationalsozialisten verwundet wurden. Im Krankenhaus ist der 24 Jahre alte SA.-Mann Alfred Kindler seinen Verletzungen erlegen.

Eine Durchsuchung des Arbeiterheims verlief erfolglos. Eine Durchsuchung einer anderen unweit gelegenen Gastwirtschaft hatte Erfolg. Vier der Tat verdächtige Personen wurden festgenommen, aber bald wieder entlassen, da zunächst nicht erwiesen ist, daß von ihnen Schüsse abgegeben wurden.

Im Berliner Stadtteil Moabit gerieten Kommunisten und Nationalsozialisten in eine Schlägerei. Ein Kommunist erhielt einen Kopfschuß, ein Nationalsozialist trug einen Nasenbeinbruch davon. 14 Beteiligte wurden festgenommen.

Schreckenstat eines Amokläufers

Fünf Opfer. — Der Täter stellt sich der Polizei.

Essen, 16. Oktober.

Auf dem Wege von Lethmathe nach Genna brach zwischen einem gewissen Karl Sommer und seinem Vater ein Streit aus. Der Sohn erregte sich hierbei dermaßen, daß er seinen Vater niederstach. Dann eilte er nach Lethmathe zurück und rannte wie wahnsinnig durch die Straßen. Wer sich ihm entgegenstellte, den griff er an. Einer Frau, ihrem Sohn und einem jungen Mann brachte er lebensgefährliche Verletzungen bei. Einen dritten Mann stach er ins Herz, so daß dieser auf der Stelle tot war. Sommer stellte sich in Hagen der Polizei, die ihn nach Lethmathe zurücktransportierte.

Die blutende Grenze.

Beuthen, 18. Oktober.

In Beuthen fand eine große Tagung der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier statt. Der Vorsitzende des Reichsverbandes, Oberbürgermeister Kaschny-Ratibor, hieß die Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, der städtischen Körperschaften sowie der Vereine und Verbände willkommen. Er erinnerte u. a. an die Abstimmung vom 20. März 1921, bei der sich die Oberschlesier mit überwältigender Mehrheit für Deutschland entschieden haben, und gedachte des 20. Oktober 1921, des Tages, an dem Oberschlesien durch den Genfer Beschluß zerrissen wurde.

Dann ergriff Oberpräsident Dr. Lukaschek das Wort. Er überbrachte die Grüße der Reichs- und der preußischen Staatsregierung und erinnerte noch einmal an den 20. Oktober 1921. Auch heute befände sich Oberschlesien wieder in ernstester Lage. Denn heute könne man mehr denn je die Schädigungen einer ungerechten Grenzziehung erkennen. Die deutschen Brüder jenseits der Grenze seien in Verzweiflung über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Grenzziehung und über die politische Bedrückung, die sich geradezu im Zusammenhange mit dem wirtschaftlichen Niederbruch besonders schwer auswirke.

„Die Grenze blutet mehr, als sie je geblutet hat!"

Aufgabe der heimattreuen Oberschlesier sei es, das landsmannschaftliche Gefühl aller Oberschlesier zu erhalten und immer neu zu wecken. Der Oberpräsident schloß seine Rede mit einem Appell, besonders im Grenzlande den Parteihader zu unterlassen.

Während der Kundgebung war an den Reichspräsidenten ein Telegramm abgesandt worden, in dem es u. a. heißt:

„Die Delegierten der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier geloben, mit allen Kräften für ein geeintes deutsches Oberschlesien, auf Grund des Volksabstimmungsergebnisses vom 20. März 1921 ein verbriestes Recht haben, zu kämpfen. Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier grüßen Ew. Exzellenz in treuer Ergebenheit als Schirmherren des deutschen Ostens."

Der Reichspräsident dankte in einem Antworttelegramm für das Treuegelöbnis und sprach aufrichtige Wünsche für guten Erfolg und weitere erfolgreiche Arbeit aus.

Zum Schluß der Tagung verlas der Geschäftsführer des Reichsverbandes eine Entschließung, in der u. a. eine Rückgängigmachung des Spruches von Genf gefordert wird.

Selbstmord eines Schupobeamten

Krefeld, 18. Oktober.

Nach einem Wortwechsel gab hier ein Schupobeamter aus Mühlheim auf seine Braut einen Schuß ab und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Der Schupobeamte war auf der Stelle tot; seine Braut trug schwere Verletzungen davon.

Die Bayernreise des Reichsinnenministers.

München, 18. Oktober. Reichsinnenminister Freiherr von Gayl besuchte auf seiner Reise durch die bayerische Ostmark Hof, Selb, Wunsiedel und Marktredwitz. Begleitet wird der Reichsinnenminister von dem bayerischen Staatsminister Dr. Stützel.

Vier Tote bei einem Schiffszusammenstoß

Yarmouth, 18. Oktober. Auf der Höhe von Lowestoft ist der Schlepper Herringho mit einem anderen Schlepper zusammengestoßen und gesunken. Vier Mann der Besatzung ertranken, weitere fünf wurden von dem zweiten Schleppdampfer gerettet.

Kaffee Hag regt an, aber nicht auf!

ROMAN VON ERICH KUNTER

LICHT DER EWIGKEIT

Vertrieb: Romanverlag K. & H. Greiser, G. m. b. H., Rastatt

20)

„Das ist sehr interessant."

„Nicht wahr, mein Lieber. Dreißigtausend Exemplare will man auflegen, denn man verspricht sich einen ganz großen Erfolg von dem Buche", log die Brezina. Sie wußte ja noch nichts näheres.

Sie spürte, daß die Zeit ihres Günstlings anbrach. Sein Stern ging leuchtend auf. Vom Glanz dieses neuen Sterns würde sie auch Strahlen empfangen, wenn sie sich rechtzeitig ins richtige Licht stellte und Brilon förderte.

„Du wirst dir den Ruhm, dieses Talent entdeckt zu haben, nicht streitig machen lassen, lieber Hansheinz", fuhr sie fort. „Das Stück ist so unfertig! Ich glaube dir. Gib mir es einmal. Ich will es lesen und den Autor auf alle Schwächen aufmerksam machen. Du wirst mich dabei unterstützen. Brilon wird das Stück unter unser beider Leitung zu einem Erfolgstück umarbeiten. Verlaß dich auf mein Gefühl: dieses Stück wird kein Blindgänger sein."

„Hast du Feuer gefangen?" fragte Franke mißtrauisch.

„Ja, am Feuer der Kunst nämlich", antwortete sie in der Pose der großen Tragödin, „das hier unentfacht glimmt. Wir sind berufen, es zu entfachen, Hansheinz. Du wirst mir helfen, ja?"

Sie schlang ihren Arm um ihn und gab ihm einen Kuß auf die Wange.

*

Bert Brilon hatte mit Herrn König als Vertreter des Phaeton-Verlags ein Vorabkommen getroffen. Er verpflichtete sich, der genau umrissenen literarischen und politischen Richtung des Verlages entsprechend einige unwesentliche Aenderungen am Manuskript vorzunehmen. Der Verlag mußte eine Erstauflage von zehntausend Exemplaren herausbringen. Der Autor bekam 10 Prozent vom Verkaufspreis des Buches und auf seinen Wunsch einen entsprechenden Vorschuß. Der Prokurist stellte ihm stehenden Fußes einen Scheck über diesen Betrag aus, den Brilon am anderen Morgen sehr zeitig auf der Diskontobank bar abhob.

Er machte einige notwendige Einkäufe, schaffte sich Wäsche, Kleidungsstücke und Krawatten an und fuhr mit einem gehobenen, zuversichtlichen Gefühl wieder „nach Hause", wo er mit seiner Gönnerin zu Mittag speiste.

Constanze Brezina erzählte ihm so nebenbei, daß sie sich für die Aufführung seines Stückes „Erlöserin" bei der Direktion des „Schauspielhauses" bemüht habe, und daß sie wahrscheinlich die Uraufführung durchsetzen werde.

Er war sprachlos in freudiger Ueberraschung.

Glücklich wie ein Schuljunge küßte er seiner Gönnerin immer wieder in überschwenglicher Dankbarkeit die Hände. „Wie soll ich Ihnen jemals danken?" stieß er verwirrt und mühsam hervor. „Ich bin Ihnen mit Herz und Leben für immer verpflichtet."

Die Brezina lächelte. Ein Schein des Triumphes leuchtete in ihren graugrünen Augen auf, die in einem immerwährenden, doch stets wechselnden Licht blinkten. Sie war durchaus zufrieden mit dem Verlauf ihrer neuen Unternehmung. Alles ging nach Wunsch. Ihre oft erprobte Methode würde sich wieder mal glänzend bewähren. Sie hielt die Fäden in der Hand; andere führten ihre Pläne aus und sie hatte die Nutznießung davon.

So war es gut: der Mann, der ihr dienstbar sein sollte, zu ihren Füßen! Zu ewiger Dankbarkeit verpflichtet! Nun, sie wollte von dieser Verpflichtung schon Gebrauch machen.

In einer Ecke des Wintergartens tranken sie eine Flasche Kupferberg Gold miteinander. Der junge Dichter erhob das Glas und jubelte übermütig: „Sieg auf der ganzen Linie!"

Die Gläser klirrten zusammen. „Ja", stimmte ihm die Schauspielerin zu; und sie war mit ihm durchaus überzeugt, daß der Sieg auf der ganzen Linie winkte — für sie!

Dann sprachen sie über das Stück.

Die Brezina hatte das Manuskript inzwischen von Franke erhalten und es sehr gründlich durchgelesen und durchgearbeitet.

Sie setzte ihm auseinander, welche Schwächen beseitigt werden müßten, regte ihn an, daß er selber die richtigen Wendungen fand, die dem Stück von seinem dichterischen Wert nichts nahmen, die aber dazu dienten, die Wirkung des Stückes in ungeahnter Weise zu steigern.

Brilon war von glühender Dankbarkeit erfüllt.

„Ich habe in diesen zwei Stunden mehr gelernt als in der ganzen bisherigen Zeit!" gestand er offenherzig.

„Sie werden die Umarbeitung so rasch als möglich durchführen." Brilon nickte begeistert, vergessen war in diesem Augenblick alle Schuld, die ihn so bedrückt hatte. Er sah hoffnungsvoll in die Zukunft.

Vergessen war aber auch sie, die Geliebte von einst: Ilse von Stetten.

*

Brilon arbeitete mit einem Eifer ohnegleichen.

Von polnischen Beamten niedergeschossen.

Stuhm, 18. Oktober.

Zwischen Weißenberg und Montauerweide wurden zwei deutsche Arbeiter, die an der unübersichtlichen Weichselgrenze beim Schneiden von Weidenruten die Grenze überschritten hatten, vom polnischen Weichselufer aus durch polnische Grenzbeamte beschossen. Zwei Arbeiter konnten [illegible] Der dritte, Franz Schwielski wurde angeschossen und von den hinzugeeilten polnischen Grenzbeamten mit einem Boot nach Polen verschleppt.

Eine vom Landrat des Kreises Stuhm, Dr. Zimmer, der Staatsanwaltschaft und weiteren Gerichtspersonen an Ort und Stelle vorgenommene Besichtigung ergab, daß die polnischen Grenzbeamten sich des angeschossenen Arbeiters auf deutschem Gebiet bemächtigt haben.

Eisenbahnkatastrophe in Frankreich

Acht Tote. — 14 Schwerverletzte.

Paris, 18. Oktober.

Unweit des Bahnhofes Cérences in der Nähe von Coutances im Departement La Manche fuhr abends ein vollbesetzter Personenzug in höchster Geschwindigkeit auf einen rangierenden Güterzug auf. Die ersten Wagen des Personenzuges und mehrere Wagen des Güterzuges wurden völlig zertrümmert. Sieben Reisende wurden als Leichen geborgen. Fünfzehn Reisende wurden schwer verletzt. Von ihnen ist einer auf dem Wege ins Krankenhaus gestorben.

Zugzusammenstoß in Nordbrabant.

Auf dem Bahnhof von Hertogenbusch, der Hauptstadt der holländischen Provinz Nordbrabant, stieß heute früh ein einlaufender Güterzug mit einem im Rangieren befindlichen Zug zusammen. Der Anprall war so heftig, daß er in der ganzen Stadt deutlich gehört wurde. Etwa 40 Wagen des Güterzuges entgleisten. Mehrere Wagen wurden auf ein Weichenstellerhaus geworfen. Drei darin befindliche Eisenbahnarbeiter kamen wie durch ein Wunder mit leichten Verletzungen davon. Der Materialschaden ist sehr groß.

Zwei Tote bei einer Zugentgleisung

Innsbruck, 18. Oktober.

Im Innsbrucker Westbahnhof entgleiste aus bisher unaufgeklärter Ursache der letzte Wagen eines Personenzuges. Zwei Personen kamen ums Leben, darunter die Frau eines reichsdeutschen Lokomotivführers.

Gegen den Parteienstaat

Von Hans Brosius.

Die Deutschnationale Volkspartei stellt sich in dem bevorstehenden Wahlkampf das Ziel, den Kurs zu stützen, der mit der Einsetzung der Regierung Papen begonnen wurde, und im neuen Reichstage Mehrheitsbildungen unmöglich zu machen, die den jetzigen Kurs sabotieren können. Das bedeutet nicht, daß die Partei alles gut heißt, was von dieser Regierung getan wurde. Manche personelle Bedenken liegen vor, manche Versäumnisse und Fehlgriffe müssen der Regierung zur Last gelegt werden.

Aber sie verkörpert in sich den Kurs, den die Deutschnationalen unter Hugenberg seit Jahren verfochten, die Ablösung des Parteienstaates durch einen Staat, der von wirklicher Führerverantwortlichkeit getragen wird.

In diesem Ziel war sich in den Tagen von Harzburg, vor gerade einem Jahre, die gesamte nationale Opposition einig. Und noch am 8. Juni begrüßte Goebbels im „Angriff" die Bildung der Regierung Papen mit folgenden Worten: „Damit ist eine Forderung erfüllt, die wir Nationalsozialisten seit über Jahresfrist erhoben haben." Seitdem hat die Regierung das schwarzrote System in Preußen gestürzt, seitdem kämpft sie um die Wehrhoheit Deutschlands, seitdem hat sie durch ein großzügiges Wirtschaftsprogramm die erste leichte Besserung in der furchtbaren Arbeitslosigkeit gebracht. Das allein ist Grund genug, um die Regierung auf ihrem Wege zu unterstützen. Mehr aber noch geht es um die grundsätzliche Frage, ob der Parteistaat von Weimar, die Herrschaft verantwortungsloser Parlamentsmehrheiten, der Zustand der politischen Korruption, überwunden werden kann.

Stets haben in Deutschland Männer Geschichte gemacht. Mehrheitsentscheidungen der Parlamente sind immer Feigheitsentscheidungen gewesen. Nie hätte Friedrich der Große den Großstaat Preußen geschaffen, wenn er in seinen Entscheidungen von einem Parlament abhängig gewesen wäre. Nie hätte Bismarck das Deutsche Reich geschmiedet, wenn er im Jahre 1862 einer widerstrebenden Parlamentsmehrheit nachgegeben und die große Reform des preußischen Heeres unterlassen hätte. Umgekehrt ist die Friedensresolution von 1917, der Versailler Vertrag, der Dawes-Vertrag, der Young-Vertrag von Parlamentsmehrheiten unterschrieben worden. Im Jahre 1932 konnte die Befreiung Deutschlands und Preußens von der schwarzroten Herrschaft nur gegen das Parlament erzwungen werden. Hundertfältig erweist die deutsche Geschichte, daß nur eine von Parteien unabhängige Staatsführung das Schicksal des deutschen Volkes gestalten kann.

Das ist der Grund, warum die Deutschnationale Volkspartei den Kurs Papen stützt, warum Hugenberg seine ganze Kraft einsetzt, daß das Werk gelingt, was in diesem Sommer begonnen wurde.

Die DNVP. ist die einzige Partei in Deutschland, die sich entschlossen hinter die Regierung stellt. Ihr Erfolg ist der Erfolg der Regierung Papen. Ihr Erfolg sichert die Stetigkeit des neuen Kurses und bewahrt ihn vor der Sabotage derjenigen Parteien, die nichts als ihre Parteiziele sehen und deshalb zum Parteistaat von Weimar zurück wollen.

Polen schändet deutsche Kriegergräber.

Lodz, 17. Oktober. In Kuznica bei Petrikau befand sich ein großer Krieger-Friedhof, auf dem 400 deutsche und 60 russische Soldaten begraben waren. Die deutschen Besatzungsbehörden hatten während des Krieges den Friedhof mit einer Mauer aus Stein und Beton umgeben und ihn musterhaft hergerichtet. Dieser Friedhof wird jetzt verlegt, und zwar sollen die Gebeine der Toten nach Belchatow überführt werden.

Die Art und Weise, wie diese Verlegung vorgenommen wird, hat bei der Bevölkerung der umliegenden Dörfer, die sich aus Deutschen und Polen zusammensetzt, außerordentliche Empörung hervorgerufen. Die Gräber sind geöffnet und die Gebeine der Toten aus Feld geworfen worden. Dort blieben sie liegen, ohne daß sich wochenlang jemand darum kümmerte. Die Mauer wurde abgerissen, die schönen Bäume auf dem Friedhof abgeholzt und die Anlagen vernichtet. In der Nähe des Friedhofes lagen an einem Feld die Gräber deutscher Offiziere, die von ihren Angehörigen in Deutschland in Ordnung gebracht worden waren und für deren Unterhaltung an den Besitzer des Feldes jährlich eine bestimmte Summe gezahlt wird. Jetzt sind auch diese Gräber geöffnet und die Gebeine an die Straße geworfen worden, ohne daß eine erneute Beisetzung, wie sie in dem erstgenannten Felde wenigstens vorgesehen ist, erfolgte.

Hugenberg über deutschnationale Sozialpolitik.

Berlin, 17. Oktober. Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete am Sonntag im Reichstage eine außerordentlich stark besuchte sozialpolitische Tagung, auf der der Parteiführer Hugenberg eine Programmrede zur Sozialpolitik hielt.

Es sei Zeit, so erklärte er, an die Wiederversöhnung von Kapital und Arbeit heranzugehen und die Entproletarisierung der Arbeiter, seine gleichberechtigte Eingliederung in die Volksgemeinschaft herbeizuführen. Wirkliche Sozialpolitik bestehe in der Ausstedelung aus den Großstädten und einer Konzentration der Industrie, in der Erweiterung des Lebensraumes des Volkes, im Schutze und der Förderung der Familie. Die Deutschnationale Volkspartei denke nicht daran, den Arbeiter und Angestellten der Willkür unsozialer Unternehmer freizugeben. Sie kämpfe auch nicht gegen die Gewerkschaften, sondern nur dagegen, was der Marxismus in den letzten Jahrzehnten daraus gemacht habe: Vergiftete Waffen in einem sinnlosen Wirtschaftskampf. Nicht Abbau der Sozialpolitik sei die deutschnationale Parole, sondern deren Erhaltung und Rettung durch eine Reform an Haupt und Gliedern. Auch der Arbeiter erkenne, daß sein Schicksal viel mehr als von den Tarifen von der richtigen Behandlung des Arbeitsmarktes und von einer nationalwirtschaftlichen Staatsführung abhänge. In einem nationalen Staat sei das Kapital dienendes Glied und habe Verantwortlichkeiten. Hugenberg setzte sich dafür ein, daß Kapitalisten und Unternehmer Ehrengerichten unterworfen sein sollen.

Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit sei der erste Schritt die Schuldenregelung. Sei dieser Schritt getan, dann werde auf der Grundlage einer richtigen Handelspolitik das Arbeitslosenheer schnell zusammenschmelzen. Die Milderung der Rentenkürzungen bezeichnete Hugenberg als den ersten Erfolg deutschnationaler Bemühungen. Er lehnte darüber hinaus auch die schematischen Lohnkürzungen der letzten Notverordnung ab und bekannte sich zu dem Grundsatz des Leistungslohnes. Aber zwei große Dinge habe doch dieses Kabinett unter Hindenburgs Segen gemacht: Abschüttelung der Landplage Parlamentarismus und Beseitigung des Kriegszustandes zwischen Reich und Preußen.

Die Stellung des Stahlhelms zum neuen Staatsgedanken.

Kaiserslautern, 17. Oktober. Zu einer Wahlkundgebung des Stahlheims beschäftigte sich der Bundesführer Seldte mit der Stellung des Stahlhelms zum neuen Staatsgedanken. Der Redner führte u. a. aus, endlich habe man einen Reichskanzler, der sich mit dem Ideengang des Stahlhelms identifiziere. Das rote System sei in Scherben gegangen und solle nun einmal die anderen als Brüder lassen. Aus diesem Grunde habe der Stahlhelm ein Arbeitsprogramm aufgestellt, das mit dem 1. April 1933 in Angriff genommen werden müßte. Der Stahlhelm kämpfe nicht um Ministersessel und sein Ziel gehe lediglich darauf hinaus, dem deutschen Volke nach innen und außen Achtung und Ansehen zu verschaffen. Zum Schluß betonte der Redner die Forderung auf Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien und appellierte an die Wähler, am 6. November einer starken nationalen Regierung zum Siege zu verhelfen.

Lokales.

Namslau, den 19. Oktober 1932

= **Vom Verkehrsverein.** Der Schlesische Verkehrsverband hatte für den vergangenen Sonntag eine Wanderung nach Namslau ausgeschrieben, deren örtliche Durchführung der hiesige Verkehrsverein übernommen hatte. Die Teilnehmer trafen nach einem Fußmarsch von Bernstadt über Weidenbach—Laubsky durch den Stadtwald gegen Mittag hier ein. Nach einer Mittagspause im Braustübl erfolgte unter sachverständiger Führung eine Besichtigung der Stadt, die im Stadtpark endete. Die Teilnehmer waren von dem Ergebnis des Ausflugs sehr befriedigt. Der Verkehrsverein wird sich bemühen, im nächsten Jahre mehrere solcher Wanderungen zustande zu bringen.

= **Explosion in der Brauerei Haselbach.** Am Dienstag früh 5 Uhr explodierte in der Brauerei Haselbach ein Kohlensäurekompressor, der einen Druck von 70 Atmosphären hat. Glücklicherweise befand sich in dem Raum niemand, sodaß menschliches Leben nicht zu beklagen ist. Der Sachschaden ist erstaunlicherweise ebenfalls gering.

= **Gefunden** ein Schlüssel, ein Bund Schlüssel, ein Einkaufskorb mit Inhalt, mehrere Herrenkragen. Abzuholen: Rathaus — Zimmer 4.

= **Kommerzienrat Josef Kaiser siebzig Jahre alt.** Kommerzienrat Josef Kaiser, der Begründer und Leiter von Kaiser's Kaffeegeschäft G. m. b. H., vollendet am 20. Oktober das siebzigste Lebensjahr. Dies Ereignis bietet willkommenen Anlaß, auch öffentlich eines Mannes zu gedenken, der es liebt, stets ungenannt zu bleiben und still hinter seinem Werke zurückzutreten.

= **Der Bund „Königin Luise"** veranstaltet am Sonnabend, den 22. Oktober, 8 Uhr abends bei Schwuntek—Böhmwitz unter Mitwirkung der hier sehr bekannten und beliebten Vortragskünstlerin Frau Dora Zeising—Neisse einen schlesischen Abend. Zweck dieses Abends soll sein, uns trotz schwerer Notzeit rückhaltlos einige Stunden harmloser Heiterkeit hinzugeben. Der Reinertrag soll für soziale Hilfe im bevorstehenden Winter gebraucht werden. Näheres im Inseratenteil. Frau Zeising spricht heute, Mittwoch, 4,20 Uhr nachmittag im Rundfunk.

= **Lohnt deutscher Seidenbau?** Herr Rechtskonsulent R. Rieger in T. schreibt: „Die wirtschaftliche Bedeutung des Seidenbaues in Deutschland ist schon des günstigen Klimas wegen allen anderen Seidenbau treibenden Ländern bei weitem voraus. Wie heute noch so viele, so stand auch ich im Früheren dem jungen deutschen Seidenbau mißtrauisch gegenüber. Meine vor längerem ausgeführten Zuchten belehrten mich jedoch eines anderen. Wo ein Wille ist auch ein Weg. Die Seidenraupenzucht ist einfach und gewinnbringend, Leute jeden Standes, Rentner usw. könnten sich mit dem Seidenbau eine gute Einnahme verschaffen. Darum, deutscher Volksgenosse, laß dich durch Miesmacherei nicht abhalten, dich dem wertschaffenden Seidenbau zuzuwenden, auch du wirst an dem sicheren Gelingen deine helle Freude haben. Es ist mir im Rahmen dieser Zeilen hier nicht möglich, ausführlicher über den erfolgreichen Seidenbau zu berichten. Wer sich ernstlich dafür interessiert, braucht sich nur an die Beratungsstelle des Deutschen Seidenbaues in Weinböhla, Bez. Dresden, Schließfach 22, um Auskunft zu wenden, daselbst ist auch die Abnahme der Seidenkokonsernten voll gewährt. Dadurch angespornt, durch meinen vollen Erfolg hoch erfreut, bin ich nunmehr auf dem besten Wege, die Zucht im Kommenden in bedeutend größeren Umfange zu betreiben als bisher, deshalb rufe ich jedem zu „treibe auch Du Seidenzucht". (Ueber weitere Auskunftserteilung siehe heutige Anzeige).

= **DKW auf dem Pariser Salon.** Die diesjährige Autoschau, die wie alle Jahre im Grand Palais an der Avenue des Champs Elysée gezeigt wird, bringt für den deutschen Besucher zwar keine besonderen Ueberraschungen, aber die nachträgliche Bestätigung des schon erwarteten Vorsprungs des deutschen Automobilbaues, insbesondere der Gebrauchswagen. Dabei hat DKW den größten Anteil; beide gezeigten Modelle, die 600 ccm Meisterklasse und die 1000 ccm Sonderklasse fanden den größten Beifall, und es ist sicher ein erfreuliches Zeichen, daß dieser Stand von den Besuchern am meisten belagert wird.

Wahlvorschlag

des Landesverbandes Mittelschlesien der Deutschnationalen Volkspartei zur Reichstagswahl am 6. November 1932.

1. Dr. Freiherr von Freytagh-Loringhoven, Universitätsprofessor, Breslau
2. Dr. Kleiner, Stadtrat, Beuthen O/S.
3. Dr. Klaffke, Syndikus im Schlesischen Baugewerbe, Breslau
4. Graf Ballestrem, Gutsbesitzer, Thielau, Kr. Wohlau
5. Fiedler, Elektromonteur, Gutschdorf, Kr. Schweidnitz-Land
6. Elfriede Meiert, Ehefrau, Breslau
7. Badelt, Lehrer, Münsterberg/Schl.
8. Dr. Spannenkrebs, Regierungsrat, Breslau
9. Dr. v Fragstein, Schulamtsbewerber, Breslau,
10. Härtel, Reichsbahnassistent, Obernigk, Kr. Trebnitz
11. Bartnig, Landwirt, Gr. Ossig, Kr. Militsch
12. Dr. Schnitzler, Rechtsanwalt, Oels
13. Obst, Fleischermeister, Schweidnitz
14. Seidel, Fabrikbesitzer, Münsterberg/Schl.
15. Dipl.-Ing. Reichart, Techniker, Breslau
16. Sparwasser, Zimmermeister, Karlsmarkt, Kr. Brieg-Land
17. Süssenbach, Reichsbahnobersekretär, Breslau.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag. 6,15: Funkgymnastik. 6,35: Morgenkonzert. 8,15: Wettervorhersage. 10,10—10,40: Schulfunk. 11,15: Zeit, Wetter, Presse, Wasserstand. 11,30: Wettervorhersage; Was der Landwirt wissen muß! 11,50: Konzert. 13,05: Wettervorhersage; Mittagskonzert. 13,45: Zeit, Wetter, Presse, Börse. 14,05: Mittagskonzert. 14,45: Werbedienst mit Schallplatten. 15,10: Landwirtschaftl. Preisbericht, Börse, Presse. 15,30: Schlesischer Verkehrsverband. 15,40: Das Buch des Tages. 16: Unterhaltungskonzert. 17: Kinderfunk 17,25: Landwirtschaftlicher Preisbericht. 17,30: Beethovens Klaviersonaten. 18: Stunde der Musik. 18,20: Der Zeitdienst berichtet. 18,35: Stunde der Arbeit. 19: Spektralanalyse der Himmelskörper. 19,30: Wettervorhersage; Abendmusik. 20: Kepler, Drama von Hans Rehberg. 21: Abendberichte. 21,10: Volkstümliches Konzert. 22,20: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,50: Zehn Minuten Arbeiter-Esperanto. 23: Fahrt ins Blaue.

Der Briefträger

fragt nur noch bis zum 23. Oktober

ob Sie unsere Zeitung auch für den Monat November 1932 weiter beziehen wollen. Versäumen Sie die Bestellung nicht, denn nach dem 25. Oktober verlangt die Post eine Sondergebühr von 20 Pfg.

Neues aus aller Welt

Sechs Kinder auf dem Wohlfahrtsamt ausgesetzt. Ein noch nie dagewesener Vorfall spielte sich auf dem städtischen Wohlfahrtsamt Berlin-Mitte ab. Mehrere Mütter waren dort mit ihren Angehörigen erschienen, um mit dem zuständigen Abteilungsleiter über eine Sonderzulage zu verhandeln. Als sie mit ihrer Forderung abgewiesen wurden, setzte ein Tumult ein, in den sich zahlreiche anwesende Wohlfahrtsempfänger einmischten. Erst die Polizei konnte die Ruhe wiederherstellen. In dem Zimmer des Abteilungsleiters, der die Menge auf dem Flur zu beruhigen suchte, fanden die Beamten sechs Kinder im Alter von zwei bis fünf Jahren, die von ihren Müttern absichtlich zurückgelassen worden waren. Man brachte die Kleinen ins Waisenhaus.

Aus der Höhle ins Gefängnis. Vor der Großen Strafkammer in Arnsberg hatte sich der Seelbacher Höhlenmensch Reineck zu verantworten. Reineck, der seit zwanzig Jahren bei Seelbach in einer Höhle gehaust hatte und weit über die Grenzen des Sieger- und Westfalenlandes als „Höhlenmensch" bekannt war, war vor wenigen Monaten unter dem Verdacht der Falschmünzerei verhaftet worden. Mit ihm hatte sich noch der Dreher Solms wegen Diebstahls und Beihilfe zur Falschmünzerei zu verantworten. Solms gab zu, aus einer Papierfabrik Metall entwendet zu haben. Aus diesem Metall hat Reineck Formen für 50-Pfennig- und Zwei-Mark-Stücke hergestellt und Falschgeld fabriziert. Solms brachte das Falschgeld in Umlauf. Das Gericht verurteilte Reineck zu sechs Monaten Gefängnis. Solms erhielt wegen Diebstahls und Beihilfe sechs Monate und einen Tag Gefängnis.

Schneefall im Riesengebirge. Seit Sonnabend schneit es im Riesengebirge mit Unterbrechung in über 1200 Meter Höhe. Montag vormittag lagen auf der Schneekoppe etwa drei Zentimeter Schnee. Die Temperatur betrug ein Grad Kälte.

Der Fabrikbrand in Ulm. Zu dem Schadenfeuer in der Pflugfabrik Gebrüder Eberhardt in Ulm teilt die Firma mit, daß durch den Brand eine große, aus Holz gebaute Lagerhalle von etwa 140 Meter Länge und 50 Meter Breite zerstört worden ist. In der Halle befanden sich ausschließlich Fertigfabrikate. Die ganze übrige Fabrik ist unversehrt, und deshalb ist die Fabrikation in keiner Weise beeinträchtigt. Der Schaden läßt sich schätzungsweise auf mehrere hunderttausend Mark bemessen.

Ein Burschenschafter-Ehrenmal in Linz. Zum Andenken an die im Weltkrieg gefallenen deutschen Burschenschafter Oesterreichs ist ein Wachtturm der alten maximilianischen Befestigungsmauer in Linz zu einem Ehrenmal umgebaut worden. Die Einweihung des Ehrenmals erfolgte in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der österreichischen und deutschen Burschenschafter. In den Ansprachen kam zum Ausdruck, daß der Turm auch ein Wahrzeichen der burschenschaftlichen Einigung und des Anschlußgedankens sein soll. Dem Festzug zum „Anschlußturm" wurde die alte Jenaer Burschenfahne von 1816 vorangetragen.

Urteil im Höchster Vereinsbank-Prozeß. Nach mehrtägiger Verhandlung beendete die Große Strafkammer in Frankfurt a. M. die Berufungsverhandlung im Höchster Vereinsbank-Prozeß. Das Gericht verurteilte wegen fortgesetzter genossenschaftlicher Untreue in zwei Fällen und wegen Vergehens gegen Paragraph 9 des Depotgesetzes den Direktor Ludwig Euler zu zwei Jahren Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, wegen fortgesetzter genossenschaftlicher Untreue und Vergehens gegen Paragraph 147 des Genossenschaftsgesetzes den Direktor Friedrich Uhrich zu neun Monaten Gefängnis und 60 Mark Geldstrafe. Die Angeklagten Aufsichtsratsmitglieder Heinrich Balzer und Wilhelm Horne wurden freigesprochen. Der Antrag auf Bewährungsfrist für Euler wurde abgelehnt.

Turnen und Sport

Ueberraschungssieger im Straßenfahrer-Kriterium, das im Berliner Sportpalast in glänzender Besetzung zur Austragung gelangte, wurde Funda vor Wissel und Jean Aerts, die dem Felde eine Runde abgewannen. Die 100 Kilometer legte der Sieger in 2 : 15 : 10 Stunden zurück.

Richters Zürcher Start verlief weniger erfolgreich als sein erstes Auftreten als Berufsfahrer. Er wurde im Gesamtergebnis eines Match-Omniums mit dem Schweizer Dinkelkamp hinter Richli Zweiter.

Mit einem Diskuswurf von 47,77 Meter schlug Siewert in Stockholm alle seine Konkurrenten. Schilgen startete im 1000-Meter-Lauf, konnte aber nur den vierten Platz belegen.

Bei den Saarbrückener Berufsboxkämpfen trugen die Kölner Heim Domgörgen, Dübbers und Besselmann über ihre Gegner Drubi-Italien bzw. Gernez-Frankreich bzw. Artles-Belgien K.o.-Siege davon. Lauer und Schüttler boxten unentschieden. Praiß-Köln erhielt den Punktsieg gegen Damagner-Frankreich zugesprochen.

Westdeutschland schlägt Ostholland

Ueberlegener 4 : 1 - Sieg einer zweiten Garnitur.

Ein Treffen von internationaler Bedeutung, für das auch in Deutschland Interesse bestand, kam in Apeldoorn mit dem Spiel Westdeutschland gegen Ostholland zum Austrag. Obwohl die Westdeutschen nicht mit ihrer stärksten Mannschaft antraten, langte es zu einem 4 : 1 - Sieg, der völlig verdient war. Anfangs fanden sich unsere Vertreter nicht recht zusammen, so daß Holland in Führung gehen konnte. Bis zur Pause wurde jedoch noch der Ausgleich erzielt, und nach Halbzeit drückte sich die ständig wachsende Ueberlegenheit der Deutschen in weiteren drei Toren aus.

Die Spiele im Reich

Mehrere Ueberraschungen gab es wieder in Mitteldeutschland. Eintracht-Leipzig schlug seinen Ortsgegner Wacker mit 1 : 0. 99-Leipzig besiegte Fortuna 1 : 0. Im Anhalt-Gau mußte Viktoria-Zerbst ihre erste Niederlage (0 : 3) durch SV. 05-Dessau hinnehmen. Im Südostdeutschland war Vorwärts über Breslau-96 mit 3 : 1 erfolgreich. Ueberaus hoch war der Sieg von Beuthen 09 über Preußen-Zaborze mit 5 : 1. Brandenburg-Cottbus schlug 1. FC. Guben 8 : 0. Im Süden ging es diesmal ohne besondere Ereignisse ab, dagegen mußten in Westdeutschland verschiedene Favoriten wie VfB. Hilden, VfR. Ohligs, Viktoria-Rheydt und Hagen 05 die Ueberlegenheit ihrer Gegner anerkennen. Die norddeutschen Ergebnisse entsprachen meist den Erwartungen. Der Hamburger SV. besiegte Victoria 4 : 1, während Holstein-Kiel durch einen 6 : 0 - Sieg über Eintracht-Flensburg weiter Meisterschaftsfavorit bleibt.

Eine Gloganer Infanteriekompagnie im Wachtregiment Hindenburgs.

Glogau, 17. Oktober. Durch Verfügung des Reichswehrministers von Schleicher ist die 7 Kompagnie des 3. (Preuß.) Infanterie-Regiments unter Führung von Hauptmann Dippel zum 1. März 1933 auf die Dauer von drei Monaten in das Wachtregiment des Reichspräsidenten nach Berlin befohlen worden.

Der Einbruch in die Stationskasse in Oels aufgeklärt.

Gleiwitz, 17. Oktober. An einem verbotenen Grenzübergang bei Makoschau wurde der 22jährige polnische Staatsangehörige Franz Deuter aus Pommerellen unter dem Verdacht des Schmuggelns festgenommen. Bei seiner Durchsuchung fand man unter anderem einen größeren Geldbetrag. Der Verdächtige wurde nach Kattowitz gebracht und dort einem eingehenden Verhör unterzogen. Es stellte sich heraus, daß Deuter in der Nacht zum Montag, den 3. Oktober in die Fahrkartenausgabe des Bahnhofs Oels eingedrungen war und einen Geldbetrag von 690 RM entwendet hatte. Wie die weiteren Ermittelungen ergaben, kam Deuter noch für einen vollendeten Einbruch in die Fahrkartenausgabe der Station Groß-Graben und für einen versuchten Einbruch in die Station Festenberg in Frage. Deuter wurde dem Gerichtsgefängnis Kattowitz zugeführt. Der gestohlene Betrag wurde der Stationskasse Oels bereits wieder zur Verfügung gestellt.

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 18. Oktober 1932. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen (Oelsaaten in kleinen Mengen) nicht für Mehl unter 5000 Kilogramm und nicht für volle Wagenladungen in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung. Nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste	für 1000 kg	= 1 Tonne
Oelsaaten, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Mehl	„ 100 kg	
Sämereien	„ 50 kg	
frachtfrei Breslau		
Kartoffeln, Rauhfutter	„ 50 kg	
ab Erzeugerstation.		

Tägliche amtliche Notierungen.

Getreide.	18. 10.	17. 10.
Weizen (schlesischer) neuer Ernte		
Hektolitergewicht von 76 kg gut, gesund u. trocken	200.00	200.00
do. 74 kg, gut, gesund und trocken	198.00	198.00
do. 72 kg, gesund und trocken	194.00	194.00
do. 70 kg, gesund und trocken	190.00	190.00
do. 68 kg, trocken für Müllereizwecke verwendbar	184.00	184.00
Roggen (schlesischer) neuer Ernte		
Hektolitergewicht von 71 kg gesund und trocken	158.00	156.00
do. 69 kg, gesund und trocken	152.00	152.00
Hafer mittlerer Art und Güte	131.00	131.00
Braugerste, feinste	195.00	195.00
do. gute	180.00	180.00
Sommergerste mittlerer Art und Güte	—.—	—.—
Industriegerste, 65 kg	168.00	168.00
Wintergerste, 61—62 kg	160.00	160.00

Tendenz: Ruhig.

Die Preise verstehen sich per 1000 kg waggonfrei Breslau in vollen 15 Tonnenladungen.

Sparen ohne sich einzuschränken

darauf kommt es an.
Nehmen Sie zum Waschen, Abseifen und Schrubben nur
Dr. Thompson's Schwan-Seifenpulver
Es ist von größter Wasch- und Reinigungskraft und äußerst sparsam.
1 Paket kostet nur 24 Pfg.
1 Doppelpaket nur 44 Pfg.
Es gibt nichts Besseres als das seit über 50 Jahren bewährte Schwan-Pulver.
Zum Bleichen und Klarspülen der Wäsche Seifix, Paket 14 Pfennig.
Sch-80b

Eine kleine
Stube
für nur einzelne Person passend, sofort zu vermieten.
Frau A. Drescher.

Durch Gebrauchsanweisung können in 12 Wochen 300 Mk. und mehr verdient werden. Sofortab. leicht. Artikel, leichte Zudt für alle. Verzeichnis, Anleitungen kostenlos. Rückporto erbeten. Gebrauchsartikel für bestehen Gebäude, Schäferei, 22 Weinbühla, Sa.

Visitenkarten
fertigt an
Namslauer Druckerei-Gesellschaft

Auf die im Regierungs-Amtsblatt vom 8. Oktober d. Js., Stück 41, Seite 281 veröffentlichte Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten über Verkehrsregelung auf den Hauptdurchgangsstraßen im Ortspolizeibezirk Namslau wird hingewiesen.

Ein Abdruck der Polizeiverordnung hängt an der Tafel im Rathausflur aus.

Namslau, den 13. Oktober 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.
Dr. Lober.

Preußenlose
empfiehlt und versendet
Haesler Staatliche Lotterie-Einnahme Namslau.
Ziehung 1. Klasse 21. und 22. Oktober.

Mehr Freude an Schnittblumen durch
Niwelka
der I.G. Farbenindustrie. Mittel zur Lebensverlängerung der Schnittblumen. Niwelka erhöht den natürlichen Duft und die Farbe unserer Schnittblumen.
Ferner: Hallmayers Garten- u. Blumendünger und Blumennährsalz Mairol für Topfpflanzen und Blumenbeete.
Oscar Tietze, Germania-Drogerie.

Trauerdrucksachen
(Anzeigen und Dankkarten)
fertigt preiswert und schnell
Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H.
„Namslauer Stadtblatt".

Sonnabend, den 22. Oktober 1932
8 Uhr abends
bei Schwuntek, Böhmwitz
Schlesischer Abend.
Vortragende:
Frau Dora Zeising, Neisse.
Preise der Plätze: Numm. 1 Mk. und 75 Pfg., unnummeriert 50 Pfg.
Vorverkauf bei Kaufmann Liehr, Wilhelmstraße und Kürschnermeister Kusche, Ring.

Werbt für das „Namslauer Stadtblatt"

Mehrere gebrauchte
Herren- und Damen-Fahrräder
verkauft spottbillig
F. Thienel, Namslau
am Rathaus.

Füllfederhalter-Reparaturen
nimmt an
Oskar Opitz
Buch- und Papierhandlung
Zweiggeschäft der Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H.
Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.

Inserieren bringt Gewinn!

Ihre Frau meint es gut mit Ihnen!
Sie empfiehlt Ihnen immer wieder gegen ihren lästigen Raucherkatarrh die ärztlich empfohlenen, rasch und sicher wirkenden
Kaiser's Brust-Caramellen mit den 3 Tannen
Jetzt: Beutel 35 Pfg., Dose 40 und 75 Pfg.
Zu haben in Apotheken, Drogerien und wo Plakate sichtbar.